8 - A4 Bundeswehr: Nie aus Geldnot und nur mit Moral!

Antragsteller*in: Stadtbezirk Kalk
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

Mit eigenen YouTube-Serien wie “Die Rekruten”,„Mali“ oder „Besatzung Bravo“ und dem gefühligen Slogan “Wir.dienen.Deutschland.” wirbt die Bundeswehr um Interessierte - insbesondere um junge Menschen ab 17 Jahren. Mit der Realität im Krieg und bewaffneten Konflikten hat beides wenig zu tun - Gefährdungen wie posttraumatischer Belastungsstörungen(PTBS) oder Tod und Verwundungkommen dabei zu kurz und werden in Berufsinformationen gar nicht erwähnt. Dabei kann die Entscheidung für eine Berufstätigkeit bei der Bundeswehr weitreichende Folgen für das eigene Leben und die eigene Gesundheit nach sich ziehen.

Mit der langjährigen Verpflichtung stellen sich auch die Weichen hier bereits sehr früh. Aufgrund der verknüpften ethischen Fragen sollten Angehörige der Bundeswehr ihr eigenes Verhältnis zur Bundeswehr gerade in jungen Jahren jederzeit neu bewerten dürfen. Dies jedoch ist durch hohe Rückzahlungsforderungen im Falle einer vorzeitigen Auflösung der Verpflichtung nicht gegeben.

Aus diesen Umständen leiten wir folgende Forderungen für die Bundeswehr und die dortige Ausbildung ab:

Ethisch-moralische Fragen thematisieren - wieder und immer wieder!

Durch den Auftrag der Bundeswehr nach Art. 87a GG und die daraus resultierende Vorbereitung auf und die aktive Teilnahme an bewaffneten Konflikten werden bei der Bundeswehr angestellte Menschen zwangsläufig an diesen Konflikten auf unterschiedlichste Weise beteiligt. Die Beteiligten müssen sich der Reich- und Tragweite solcher Konflikte bewusst sein, denn diese nehmen einen immanenten Teil der Aktivitäten der Bundeswehr ein und bedürfen einer kontinuierlichen Legitimation und kritischen Auseinandersetzung. Moralische und ethische Angelegenheiten im Sinne des Völkerrechts der Menschenrechte, des deutschen und europäischen Demokratieverständnisses und der Vereinten Nationen müssen bei einer Auseinandersetzung zentraler Bestandteil sein und bleiben. Die

Grundkenntnisse dieser Themen, die während der Schulzeit vermittelt werden, reichen dafür nicht aus und erweiterte Kenntnisse können nicht vorausgesetzt werden. Die derzeitigen Schulungs- und Bildungsangebote der Bundeswehr zu diesen Themen werden dem Spektrum und Umfang nicht gerecht. Die bisherigen Maßnahmen, wie die befristeten Lehrveranstaltungen zu diesem Thema während der Ausbildungsphasen und ein obligatorisches Bekenntnis zum deutschen Grundgesetz, genügen ebenso wenig. Daher bedarf es zusätzlicher Schulungs- und Bildungsmaßnahmen während der Arbeits- und Berufsverhältnisse. Es sollen vertieft Inhalte der Ethik und Moral behandelt werden, um so den Beteiligten eine erweiterte Perspektive ermöglichen zu können. Diese Bildungsangebote sollen regelmäßig und verpflichtend für alle bei der Bundeswehr beschäftigten Menschen stattfinden.

Wir fordern daher, das Angebot an Schulgängen, Seminaren, Unterrichtseinheiten und weiteren Lehrgängen mit dem Schwerpunkt Ethik und Moral auszubauen bzw. eine stärkere Auseinandersetzung mit diesem Thema. Um die damit verknüpften Fragestellungen dauerhaft im Bewusstsein zu halten, fordern wir eine verpflichtende regelmäßige Teilnahme an entsprechenden Lehrgängen während der gesamten Berufslaufbahn innerhalb der Bundeswehr. Dies betrifft neben Soldat*innen auch Menschen in zivilen Berufslaufbahnen, Ausbildungen und Studiengängen der Bundeswehr.

Probezeit verlängern!

Der Dienst in der Bundeswehr geht meiste mit einer Verpflichtungzeit von 12 oder 13 Jahren einher. Dabei besteht derzeit eine sechs monatige Probezeit, in der die Soldat*innen ihren Dienstvertrag widerrufen und ohne Rückzahlungspflicht aus dem Arbeitsverhältnis aussteigen können. Wir wollen die Möglichkeit des problemlosen Ausstiegs für junge Angehörige der Bundeswehr zeitlich ausweiten. Deshalb fordern wir, die bestehende Probezeit mit einem einseitigen Kündigungsrecht für den*die Soldat*in bis zur Vollendung des 22. Lebensjahres zu verlängern. Somit steht es jungen Erwachsenen in einer entscheidenden Lebensphase länger frei, ihren beruflichen Weg neu zu wählen.

Keine Rückzahlung von Ausbildungskosten!

Bildung sollte grundsätzlich kostenfrei sein. Das gilt insbesondere für staatliche Bildungseinrichtungen, und somit auch für Bildungseinrichtungen der Bundeswehr. Derzeit ist das aber nicht gegeben, denn Soldat*innen, die eine Fachausbildung beim Bund absolviert haben, gehen damit eine Wehrverpflichtung von in der Regel 13 Jahren ein. Wenn sie dieser zu einem späteren Zeitpunkt nicht nachkommen möchten, müssen sie die Ausbildungskosten anteilig zurückzahlen. Wir fordern hier ein Umdenken: Die Berufsausbildung bei der Bundeswehr muss von einer Wehrverpflichtung nach Ausbildungsabschluss entkoppelt werden. Der Zugang zu Bildung darf auch bei der Bundeswehr nicht an andere Bedingungen geknüpft werden als bei zivilen staatlichen Bildungseinrichtungen.

Stattdessen muss die Entscheidung, ob sie nach ihrer Ausbildung weiterhin beim Militär arbeiten möchten oder nicht, den Einzelpersonen zurückgegeben werden, genau, wie es auch auf dem regulären Arbeitsmarkt der Fall ist. Gerade die Entscheidung für eine militärische Laufbahn sollte jederzeit frei und ohne finanzielle Zwänge aufgekündigt werden können. Daher: Ausbildung nicht länger an Wehrverpflichtung knüpfen- Übernahmeverpflichtung bei abgeschlossener Ausbildung einführen!

Realistische Darstellung des Berufs

Wir fordern, die Berufsinformationen um Darstellung der Gefahren (Tod, Verwundung, Krankheiten, Unfälle) und den entsprechenden Daten zu erweitern. Im Einzelnen sind das:

- Die Zahl im Einsatz gefallener Soldat*innen
- Die Zahl verwundeter Soldat*innen
- Die Zahl der Soldat*innen mit psychischen Erkrankungen (zusätzlich seperat PTBS)
- Die Zahl der in Übungen oder Ausbildungen gestorbener Soldat*innen
- Die Zahl der in Übungen oder Ausbildungen verletzten Soldat*innen

Begründung

Erfolgt mündlich.